



**FDP-Fraktion
im Kreistag Zollernalbkreis**

Sitzung des Kreistags am 07.02.2022

Haushaltsrede 2021

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren,

ich nehme es vorweg:

Dem **Haushaltsplanentwurf** in der jetzt vorliegenden, aktualisierten Fassung mit den vorliegenden Empfehlungsbeschlüssen **werden wir**, die **FDP-Fraktion**, **zustimmen**, auch wenn die Mehrheit die Absenkung der Kreisumlage beschließen sollte.

Dem von meinen Vorrednern ausgesprochenen Dank schließe ich mich an.

Wie erwartet - das wiederholt sich ja jährlich - erteilte uns kurz vor Verabschiedung der übliche Antrag der Fraktionen der CDU und Freien Wähler auf Absenkung der Kreisumlage, dieses Mal um 0,5 Prozentpunkte. Die Verwaltung hat die Beibehaltung des Kreisumlagehebesatzes von 27,5 Prozentpunkten vorgeschlagen. Dabei wollen wir es auch belassen und werden den Antrag von CDU und FW nicht mittragen. Es ist zwar

richtig, dass nach der neusten Steuerschätzung der Kreis höhere Einnahmen erhält. Dies gilt jedoch in gleicher Weise für die Städte und Gemeinden, so dass eine zusätzliche Beteiligung über die Absenkung der Kreisumlage nicht geboten ist. Dem Kreis stehen mit den Großprojekten Zentralklinikum und Regionalstadtbahn neben den umfangreichen weiteren Kernaufgaben gewaltige Finanzbelastungen bevor, so dass wir eine hinreichende und vorausschauende Finanzausstattung des Kreises für notwendig halten.

Die **Corona-Pandemie** ist weiter das beherrschende Thema und hat sogar die Verabschiedung des Haushalts 2022 verzögert. **Finanziell** hat sich die Pandemie bei den Einnahmen eher überraschend noch relativ wenig ausgewirkt. Doch bleibt dies drohend im Raum. Und unabhängig davon werden die **Großprojekte Regionalstadtbahn und Zentralklinikum** den Kreis **finanziell gewaltig herausfordern**.

Das Gesundheitsamt ist durch die Pandemie stark gefordert. **Alle anderen wichtigen Aufgaben des Kreises** müssen aber weiterbetrieben werden. Und dies geschieht auch. Der Haushaltsentwurf unterscheidet sich nicht wesentlich von seinen Vorgängern: Einmal wieder wächst der **Sozialetat**, dieses Mal um 7,6 Mio € auf 76 Mio € - da haben wir wenig Einfluss - und einmal wieder steigen die **Personalkosten**, nicht nur wegen der **Tarif- und Besoldungserhöhungen**, sondern weil wir wieder **einen Netto-Stellenzugang um 18,9 Stellen** haben. Haben wir da Einfluss? Wo soll das hinführen? Die **Personalkostenentwicklung der letzten 10 Jahre** ist **erschreckend**. Jedoch die Aufgaben nehmen zu, jede neue Teilstelle wird von der Verwaltung schlüssig begründet, beim Bürgerservice soll es keine Einschränkungen geben, im Gegenteil. Und wenn die Verwaltung etwas vorschlägt – siehe Kfz-Zulassungsstelle Hechingen – gibt es gleich heftigen Widerspruch. Also nichts zu machen?

Weiterhin investieren wir hohe Beträge in unsere **Schulen**. 42 Mio € sind es bis 2025. Dies steigert nicht nur die **Attraktivität unserer Berufsschulen** und setzt die Reformbeschlüsse um. Zugleich wird viel für den **Klimaschutz** getan, erfolgen energetische Sanierungen und die Heizanlagen werden auf regenerative Energie umgestellt. Diesbe-

zöglich müssen die Bemühungen in den vielen, meist in die Jahre gekommenen Immobilien des Kreises, **zur Erreichung der Klimaschutzziele noch deutlich verstärkt werden**. Insbesondere da warten umfangreiche Aufgaben auf unseren Klimaschutzmanager. Wir unterstützen auch die Pläne, **weitere Fotovoltaikanlagen auf Kreisgebäuden** zu errichten.

Gute Fortschritte macht der **Breitbandausbau** im Kreis. Gut aufgestellt ist weiterhin die **Abfallwirtschaft** des Kreises. Wir begrüßen, die Erweiterung bzw. Verlegung der **Wertstoffzentren** Haigerloch und Albstadt in Fortsetzung der bereits erfolgten Aufwertung vieler Wertstoffzentren. Wir unterstützen die **Beibehaltung des gelben Sacks**. Die Einführung einer **Wertstofftonne** ist derzeit weder ökologisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Und auch bei einer **Gelben Tonne** überwiegen die Nachteile gegenüber dem Gelben Sack.

Die Unterhaltung der **Kreisstraßen** und Investitionen – beides ist in gebotenem Umfang eingeplant- ebenso wie der **Ausbau des Radwegnetzes** bleiben wichtige und zugleich viel Geld erfordernde Maßnahmen. Das **neue Radwegekonzept** ist verabschiedet. **Ernüchternd** ist, mit welchen bürokratischen Hindernissen Planungen und Bau der Radwege zu kämpfen haben und **wie langsam dies vorangeht**. Das würden wir uns alle anders wünschen! Das Bemühen der Verwaltung ist zu spüren.

Im **Öffentlichen Nahverkehr** haben wir seit Mitte 2021 mit dem **Linienbündelkonzept** eine **deutliche Angebotsverbesserung**, wenn auch der Start insbesondere im Schülerverkehr zu großen Ärgernissen führte. Die größten Probleme scheinen überwunden. 1,9 Mio € mehr pro Jahr wenden wir da auf. Nun wird wichtig sein, dass dieses Angebot **auch angenommen** wird. Außerhalb des Schülerverkehrs fahren leider weiterhin viele leere Busse durch die Gegend. **Wie bekommen wir die Busse voller?** - Welche Karte brauche ich? Das ist sicher eine Hürde. Einsteigen, Losfahren, **ein einheitliches**

Ticket für den ganzen Kreis? So wie jetzt der einheitliche Stadttarif in Balingen? Würde dies die Nutzung fördern? Zugegeben, auf den ersten Blick ist das eine verwegene Idee. Wir möchten jedoch bitten, dies zu prüfen: Wie hoch ist jetzt der Beitrag, die Subvention für das Ticket? Was wäre der zusätzliche Beitrag für den Kreis bei einheitlichem Kreistarif? **Unsere Vision:** Ein Test im Jahr 2023, dem Jahr der Gartenschau in Balingen. Mit einheitlichem Kreistarif fahren alle Kreisbewohnerinnen und Kreisbewohner mit dem Bus in die Kreisstadt zum besonderen Ereignis Gartenschau und entdecken dabei das breite und gute Busangebot im Kreis. Und nutzen es dann auch künftig.

Die aktuelle Kampagne des Verkehrsverbundes Naldo „Fahrschein statt Führerschein“, wonach ab einem Alter von 65 Jahren oder gar ab 60 Jahren, wenn man schon in Rente ist, gegen dauerhafte freiwillige Rückgabe des Führerscheins **für ein Jahr ein kostenfreies Senioren-Abo** bekommt, dürfte nicht geeignet sein, dem Nahverkehr eine größere Zahl von Kunden zuzuspielen. Von den Kreistagsmitgliedern erfüllt ja eine ganze Reihe die Voraussetzungen. Ich bin gespannt, wie viele hiervon Gebrauch machen. Ich werde es jedenfalls nicht tun.

Das **Zollernalbkrankenhaus** kämpft mit der Pandemie, setzt seine Bemühungen, sich breiter aufzustellen, jetzt mit dem Bereich **Kinderklinik** fort. Wenn dies gelingt und die Weichen sind gestellt -, ist dies eine **echter Gewinn** für den Kreis. Aber es gibt auch Probleme: So hat zum Beispiel zum Ende September die letzte Onkologin gekündigt. Dies wird nun mit einer Kooperation mit dem Universitätsklinikum gelöst und als Win-Win-Situation für Tübingen und den Zollernalbkreis verkauft. Doch Fakt ist, die Onkologie konnte die Ärztinnen und Ärzte nicht halten. Und auch die **Defizite werden immer höher**. Dies bedeutet: Wir müssen **mit Entschiedenheit und Tempo den Weg zu einem Zentralklinikum weitergehen**. Nur dann hat das Klinikum im Kreis eine Überlebenschance. Wir brauchen **rasch Klarheit, wie das Land ein neues Klinikum am Standort Firstacker fördert** und müssen dann **Beschlüsse fassen**. Genaue Planung und Bau werden noch Zeit genug in Anspruch nehmen. Wichtig wird sein, nicht auf die Zukunft sichernde Nebengebäude zu verzichten. So halten wir ein Wohnheim für Pflegekräfte und Ärzte dicht beim Klinikum für wesentlich. Denn für eine gute Pflege ist wichtig, dass

sich auch die Belegschaft gut aufgehoben fühlt. Dann fühlen sich die Menschen im Klinikum ebenfalls wohl.

Die starke Zunahme von **Flüchtlingen und Asylsuchenden** fordert den Kreis heraus. Die **Aufnahmekapazitäten** sind erschöpft. Die **Wohnraumbeschaffung**, die schon für den Normalbürger nicht einfach ist, stellt eine große Herausforderung dar. Wir bitten um einen zeitnahen Bericht, welche Pläne bestehen.

Wir sind **froh**, dass die Landesregierung endlich von ihrem Plan abgerückt ist, **die LEA Meßstetten** entgegen klarer vertraglicher Zusagen zu **reaktivieren**. Auch wenn die Nöte der Landesregierung nachvollziehbar sind und man noch Verständnis für eine vorsichtige Anfrage haben könnte, so **enttäuscht** die Hartnäckigkeit des Landes nach der deutlichen Absage aus Meßstetten und dem Kreis. Wir sehen durch dieses Vorgehen die Glaubwürdigkeit der Politik gefährdet. Und wir müssen wachsam bleiben: Die Mitteilung der Landesregierung, die Aktivierung der ehemaligen LEA sei „derzeit nicht notwendig“, klingt keinesfalls endgültig. Mit **dem interkommunalen Industrie- und Gewerbepark** haben wir ein **Zukunftsprojekt** auf die Schiene gesetzt, das keineswegs in irgendeiner Weise durch die Pläne des Landes gefährdet werden darf.

Der Schlachthof in Balingen schließt Ende 2022. Wir wollen eine **tierwohlgerechte und regionale Lösung**. Wir hatten dies vor einem Jahr angesprochen. Ein Dialog mit allen Akteuren, der inzwischen auf die Region ausgeweitet wurde, ist gestartet, wie Sie, Herr Landrat, berichtet haben. Wir hoffen auf konstruktive Vorschläge und eine zeitnahe akzeptable Lösung.

Zum Abschluss eine **Anregung** für unsere Beratungen: Wir sollten nochmals darüber nachdenken, künftig die **Vorberatungen in den Ausschüssen im Regelfall öffentlich** durchzuführen. § 34 Abs. 5 Landkreisordnung lässt dies zu. Wir hatten das schon ein-

mal diskutiert, die FDP-Fraktion hatte sich schon damals für öffentliche Vorberatungen ausgesprochen. Die Mehrheit sah es anders. Öffentliche Vorberatungen führen zu **früherer Information der Öffentlichkeit und mehr Transparenz**. Dies zwingt nicht, sich immer inhaltlich schon in den Vorberatungen festzulegen. Denn häufig gibt es da zusätzliche Informationen und auch die Diskussion im Ausschuss und danach bis zur Kreistagssitzung kann ja noch wichtige Erkenntnisse bringen.

Und ganz zum Ende aus aktuellem Anlass: Die Kreistagssitzung im Dezember ist ganz ausgefallen, die heutige Sitzung sollte als reines WEBEX-Meeting stattfinden, auch die Ausschusssitzungen des Kreises finden nicht mehr in Präsenz statt. Wir sollten **ganz schnell** unabhängig von Inzidenzen **wieder zu Präsenzsitzungen zurückkehren**, meinetwegen auch als sog. Hybridsitzungen, bei welchen jedes Kreistagsmitglied entscheiden kann, ob es vor Ort oder per Video teilnimmt. **Für die Debatten und auch die Wahrung der Öffentlichkeit ist dies von großer Bedeutung**. Und anderswo geht es auch, wie die Beispiele der Stadt Balingen und der Gemeinde Bisingen mit Gemeinderats-, Ausschuss- und Ortschaftsratssitzungen zeigen – ohne dass dadurch, soweit ersichtlich, der Corona-Verbreitung Vorschub geleistet worden wäre.

Dr. Dietmar Foth

Fraktionsvorsitzender